

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5029

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5029



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



KOALITION FÜR

Konzern-
verantwortung

KONZERN- VERANTWORTUNG

Infoblatt für Parlamentarier:innen
Wintersession 2023

INTERNATIONAL

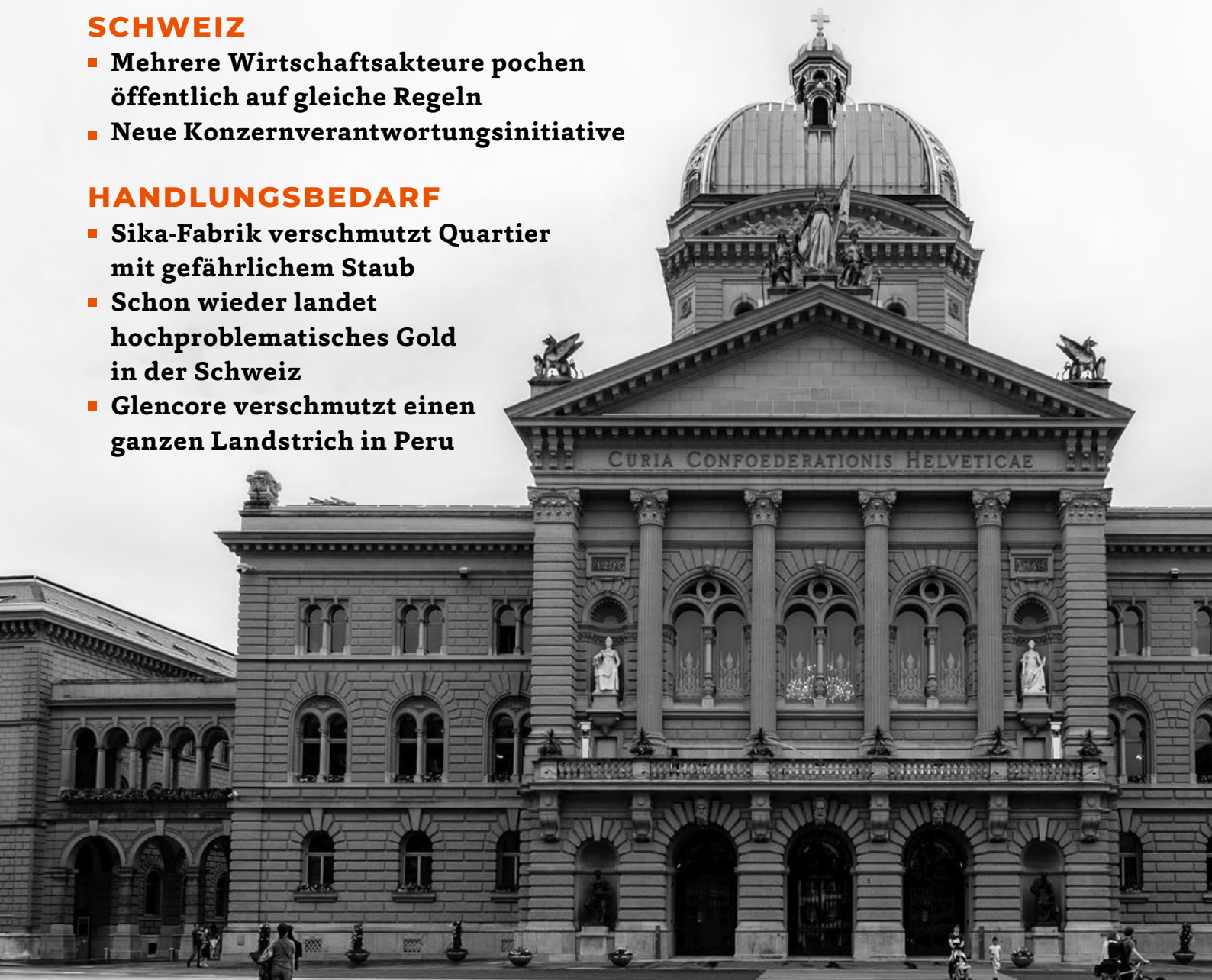
- Bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung?

SCHWEIZ

- Mehrere Wirtschaftsakteure pochen öffentlich auf gleiche Regeln
- Neue Konzernverantwortungsinitiative

HANDLUNGSBEDARF

- Sika-Fabrik verschmutzt Quartier mit gefährlichem Staub
- Schon wieder landet hochproblematisches Gold in der Schweiz
- Glencore verschmutzt einen ganzen Landstrich in Peru



Bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung?

Im November 2020 kam die Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung. Die Initiative wurde von 50,7% der Stimmberechtigten angenommen, scheiterte aber am Ständemehr. Die Abstimmungsanalyse zeigte im Nachgang, dass das stärkste Gegenargument war, dass die Schweiz keinen «Alleingang» machen solle. Dieses Argument wurde von der damaligen Justizministerin Karin Keller-Sutter stark betont. Sie versprach im Abstimmungskampf, sich für «gleich lange Spiesse» für Konzerne in der Schweiz und der EU einzusetzen und beim Thema Konzernverantwortung «international abgestimmt» vorgehen zu wollen.

EU-Konzernverantwortungsrichtlinie kurz vor Verabschiedung

Im internationalen Kontext ist seit der Abstimmung viel passiert: Nachdem Frankreich bereits 2017 ein Konzernverantwortungsgesetz eingeführt hatte, folgten Deutschland und Norwegen kurz nach der Abstimmung im Sommer 2021. Im Februar 2022 stellte zudem die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine EU-weite Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) vor, die seither von den EU-Institutionen beraten wird. Beobachter in Brüssel gehen davon aus, dass die EU-Konzernverantwortungsrichtlinie bis Weihnachten fertig verhandelt ist und im ersten Halbjahr 2024 in Kraft treten kann.

Die Richtlinie sieht umfassende Sorgfaltspflichten zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards für Konzerne mit Sitz in der EU in ihren Geschäftsbeziehungen vor. Zusätzlich verpflichtet die EU die Konzerne dazu, ihre klimaschädlichen Emissionen in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaziel zu reduzieren. Zur Kontrolle sieht die EU sowohl Aufsichtsbehörden in allen Mitgliedstaaten als auch den Zugang zu zivilrechtlicher Haftung für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen vor.

EU-Gesetz will dasselbe wie die Konzernverantwortungsinitiative:

		KONZERN- VERANTWORTUNGS- INITIATIVE (2020)	GELTENDER GEGENVORSCHLAG (in Kraft seit 1.1.2022)	GEPLANTES EU-GESETZ
Sorgfalts- pflicht	Menschenrechte	✓	x (nur für Kinderarbeit + Konfliktmineralien)	✓
	Umweltstandards	✓	x	✓
Klima- pflichten	Verbindliche Absenkpfade für CO ₂ -Emissionen	x	x	✓
Aufsicht	Aufsichtsbehörde mit Sanktionskompetenz	x	x	✓
Haftung	... für Schäden von Tochterfirmen	✓	x	✓
	... für Schäden von Zulieferern	x	x	✓

Die Vergleichstabelle zeigt, dass die geplante EU-Richtlinie deutlich weiter geht als die aktuelle Schweizer Gesetzgebung und in gewissen Punkten auch über die Konzernverantwortungsinitiative hinausgeht, die 2020 zur Abstimmung kam.

Schweiz immer mehr abgehängt

Die Schweiz droht nach diesen Entwicklungen zum einzigen Land in Europa ohne Konzernverantwortung zu werden. So gelten in der Schweiz nur Berichtspflichten für nichtfinanzielle Belange und eine eingeschränkte Sorgfaltspflicht für Konfliktmineralien und offensichtliche Fälle von Kinderarbeit. Wie verschiedene aktuelle Fälle von problematischen Goldimporten (siehe Rückseite) aber beispielhaft zeigen, verhindern diese Pflichten die Probleme nicht – auch weil heute keinerlei Sanktionen bei Verstössen drohen.

Parallel zur übergreifenden Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) diskutiert die EU aktuell eine Reihe weiterer Nachhaltigkeitspflichten für Unternehmen für spezifische Problembereiche (vgl. Tabelle nächste Seite). Damit sollen Produkte, die aus Zwangsarbeit stammen, zur Abholzung von Wäldern beitragen oder unter menschenunwürdigen Bedingungen geschürfte Rohstoffe enthalten, vom EU-Binnenmarkt ferngehalten werden.

Regulierung	Thema	Pflicht	Sanktionen	Stand EU	Stand CH
EU-Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD)	Menschenrechte, Umwelt (inkl. Klima)	Sorgfaltspflicht	Bussen und Haftung	im Trilog	
EU-Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD)	Menschenrechte, Umwelt (inkl. Klima)	Berichtspflicht	Bussen	in Kraft	Vernehmlassungsvorlage per Sommer 2024
EU-Batterieverordnung	Risiken von Batterie-Rohstoffen	Sorgfaltspflicht	Verkaufsverbot und Bussen	im EU-Amtsblatt publiziert, tritt am 18.2.2024 in Kraft	
EU-Entwaldungsverordnung	Risiken von Agrarrohstoffen wie Holz, Soja, Palmöl	Sorgfaltspflicht	Verkaufsverbot und Bussen	im EU-Amtsblatt publiziert, tritt am 30.12.2024 in Kraft	
EU-Zwangsarbeitsverordnung	Produkte aus Zwangsarbeit	Sorgfaltspflicht	Verkaufsverbot und Bussen	im Parlament	

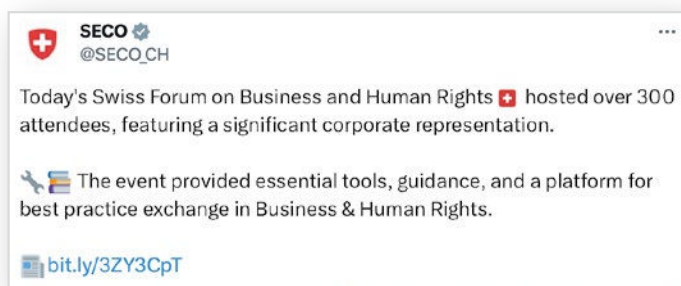
Auch das Bundesamt für Justiz kam in einem Bericht vom 25.11.2022 zum Schluss, dass es zwischen der geplanten EU-Richtlinie und der Schweizer Gesetzgebung «erhebliche Unterschiede» gibt. Trotzdem beschäftigt sich der Bundesrat aktuell lediglich mit einem Nebenschauplatz: Für Sommer 2024 plant er eine Vernehmlassungsvorlage für eine Aktualisierung der Berichterstattungspflichten (CSRD). Einen Nachvollzug der relevanten Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) hat er bisher nicht angekündigt.

SCHWEIZ

Mehrere Wirtschaftsakteure pochen öffentlich auf gleiche Regeln

Ende November 2023 äusserten verschiedene Wirtschaftsverbände in den Medien, dass sie einen raschen Nachvollzug der EU-Konzernverantwortungsrichtlinie wichtig fänden. So kritisierte das Groupement des Entreprises Multinationales (GEM) – der Genfer Wirtschaftsverband der grossen multinationalen Unternehmen wie MSC, Richemont oder Procter & Gamble –, dass die Wirtschaft Rechtssicherheit brauche und keine doppelte Arbeit durch nicht-übereinstimmende Regeln. Auch für das Bild und die Attraktivität der Schweiz sei es wichtig, dass Bundesrat und Parlament nun rasch nachziehen.

Auch die IG Detailhandel (Coop, Migros, Denner) und IKEA Schweiz sagten gegenüber den Tamedia-Zeitungen, dass sie eine mit dem EU-Recht harmonisierte Gesetzgebung unterstützen würden. Dass die Schweizer Wirtschaft beim Thema Konzernverantwortung nicht abgehängt werden sollte, war auch der Tenor am Schweizer Forum «Wirtschaft und Menschenrechte» Mitte Oktober. Die Staatssekretärin für Wirtschaft, Helene Budliger Artieda, sagte es so: «Die Erfüllung der Sorgfaltspflicht ist ein Motor für die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz.»



Viele Teilnehmende und Unternehmen fanden am Schweizer Forum Wirtschaft und Menschenrechte zusammen.



Neue Konzernverantwortungsinitiative

Für die Koalition für Konzernverantwortung ist klar: Um zu verhindern, dass die Schweiz bald das einzige Land in Europa ohne Konzernverantwortung ist, muss jetzt rasch ein Prozess für ein Schweizer Konzernverantwortungsgesetz in Gang kommen.

Um den Gesetzgebungsprozess abzusichern, bereitet die Koalition für Konzernverantwortung aktuell eine neue Volksinitiative vor: Die Initiative soll verhindern, dass ein neues Gesetz stark verzögert oder die Vorlage massiv verwässert wird.

Tages-Anzeiger

«Nun ist es halt wieder so weit»

Initiative zur Konzernverantwortung Sollen Schweizer Unternehmen haften, wenn sie im Ausland für Missstände verantwortlich sind? Das wird die Bevölkerung erneut in einer Initiative gefragt – auch wegen Menschen wie des ehemaligen Nationalrats Karl Vogler.

Charlotte Walsler
und Philipp Loser

Karl Vogler ist ein Geissenbauer. In seinem Stall in Lungern im Kanton Obwalden betreut er um die 20 Geissen. Er trägt Überhosen zur Arbeit, eine gestrickte Mütze, einen gestrickten Pullover. Sein Land bewirtschaftet er ohne eine einzige Maschine. Das ersetzte ihm das Fitnessstudio. Vogler erzählt gern von seinen Geissen.

In einem früheren Leben war Karl Vogler Anwalt, Notar und Nationalrat. Im Bundeshaus in Bern, wo er von 2011 bis 2019 für die CSP in der Mitte-Fraktion und für den Kanton Obwalden im Nationalrat sass, trug er Anzug und Krawatte. Er sass unter anderem in der Rechtskommission, und auch diese Arbeit machte er gern. Er konnte sich in Akten vertiefen, wälzte Dossiers, beschäftigte sich mit Detail A und dann mit Detail B und später auch noch mit Detail C.

Eine seiner intensivsten Beschäftigungen war die Arbeit an einem indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative. Das war die Initiative mit den orangen Fahnen, die an so vielen Schweizer Balkonen hängen. Viele Fahnen hängen immer noch, das Orange ist in der Zwischenzeit etwas ausgebleicht.

Nur knapp gescheitert

Drei Jahre ist es her, dass über die Initiative abgestimmt wurde. Das Stimmvolk sagte damals ganz knapp Ja – mit 50,7 Prozent. Doch die Initiative scheiterte am Ständemehr.



Er arbeitete am indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative mit; Geissenwirt Karl Vogler war früher Anwalt, Notar und Nationalrat. Foto: Andrea Zahler

Alt Nationalrat Karl Vogler (CSP/OW) erklärt am 29. November im Tages-Anzeiger, dass die Schweiz mit dem ursprünglichen Gegenvorschlag des Nationalrats im Bereich Konzernverantwortung heute weitgehend international abgestimmt wäre und er es begrüsst, dass die Diskussion spätestens mit der neuen Initiative nun wieder startet.

GP-K RÜGT BUNDES-RAT FÜR «NICHT VERHÄLTNISSMÄSSIGE» KOMMUNIKATION IM ABSTIMMUNGSKAMPF 2020

Am 24. November 2023 veröffentlichte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats eine Untersuchung zur Behördenkommunikation vor Abstimmungen. Der Bericht der parlamentarischen Verwaltungskontrolle PVK kritisiert die Art und Weise der Kommunikation vom Bundesrat in der Abstimmungskampagne über die Konzernverantwortungsinitiative als nicht verhältnismässig. So sei im damaligen Justizdepartement ein Konzept erarbeitet worden, das die

Kommunikation der Vorsteherin als Teil der Gegenkampagne ausrichtete. Dies, obwohl die Behörden zu einer transparenten und sachlichen Information der Stimmberechtigten verpflichtet wären.

Mehr Infos:





HANDLUNGSBEDARF

Sika-Fabrik verschmutzt Quartier mit gefährlichem Staub

In einem Vorort von Buenos Aires produziert die Baustofffabrik Klaukol des Schweizer Konzerns Sika Klebstoffe, Pasten und Mörtel. Bei der Produktion werden Sand, Zement und andere Stoffe gemischt, wobei starke Emissionen entstehen, die von der Fabrik nicht ausreichend gefiltert werden. Die Menschen vor Ort beklagen sich schon lange über die Auswirkungen, die der Staub auf ihre Lebensqualität und ihre Gesundheit hat: Er lagert sich in ihren Häusern und auf der Kleidung ab und führt zu Atembeschwerden, Haut- und Lungenerkrankungen. Doch Klaukol hat die Verantwortung für die Verschmutzung stets abgestritten und eine Sammelklage blieb

zehn Jahre vor Gericht liegen. Nun beweist eine Studie einer lokalen Umweltbehörde, dass die Sika-Fabrik für einen Grossteil der Staubemissionen im Quartier verantwortlich ist. Die medizinischen Untersuchungen von 48 Quartierbewohner:innen durch eine renommierte Lungexpertin zeigen zahlreiche Probleme auf. Sie sagt, die Luftbedingungen im Viertel müssten sich ändern.



Mehr Infos:

HANDLUNGSBEDARF

Schon wieder landet hochproblematisches Gold in der Schweiz

In der Schweiz werden schätzungsweise 50-70 Prozent des weltweit gehandelten Goldes raffiniert. Die ganze Branche ist intransparent, auch weil das Gold nicht selten aus problematischen Quellen stammt. So wurde beispielsweise Ende Oktober 2023 von CH Media aufgedeckt, dass die Schweizer Raffinerie MKS Pamp bis heute sämtliches Gold aus einer Mine in Liberia verarbeitet, die für eine massive Verschmutzung der Umwelt verantwortlich ist. Eine Recherche der Organisation Fastenaktion zeigte zudem kürzlich, dass die Schweizer Raffinerie Argor-Heraeus über mehrere Jahre problematisches Gold aus einer Konfliktregion in Kolumbien importierte. Und auch der schwere Brand in der Mine Yanaquihua in Peru im

Mai, bei dem 27 Minenarbeiter ums Leben gekommen sind, zeigt, dass es die Goldraffinerie Metalor nicht so genau nahm mit der Sicherheit in der Goldproduktion. Die Beispiele zeigen alle, dass es auch in der Schweiz ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz braucht, damit Goldraffinerien nicht länger von problematischen Bedingungen bei der Goldförderung profitieren, sondern dafür sorgen, dass Menschenrechte und Umweltstandards eingehalten werden.



Mehr Infos:



Foto: @Miguel Gutierrez

HANDLUNGSBEDARF

Glencore verschmutzt einen ganzen Landstrich in Peru

Um die Glencore-Kupfermine Antapaccay in Peru leben rund 60'000 Menschen, die meisten von ihnen gehören den indigenen Gemeinschaften der Quechua und K'ana an. Seit Jahren wehren sie sich gegen die Verschmutzung mit Schwermetallen wie Quecksilber, Blei und Arsen, die sie für die vielen Atemprobleme, Nieren- und Krebserkrankungen in der Region verantwortlich machen. Die Bevölkerung berichtet zudem, dass ihre Tiere sterben oder Fehlgeburten erleiden, wenn sie Wasser aus dem Fluss trinken.

Doch Glencore hat stets bestritten, dass die Minenaktivitäten etwas mit der Verschmutzung zu tun haben. Nun zeigen umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen im Auftrag der peruanischen

Regierung, dass eindeutig die Kupfermine die Region verschmutzt: Sowohl der schwermetallhaltige Feinstaub als auch die Kontamination von Wasser und Böden kann auf die Mine zurückgeführt werden. Auch in Pflanzen und Tieren wurden erhöhte Werte von Schwermetallen nachgewiesen. Wegen der Mine gibt es zudem seit Jahren Landkonflikte, weil die Rechte der indigenen Bevölkerung immer wieder verletzt wurden.

Mehr Infos:



Impressum

Dieses Infoblatt wird von der Koalition für Konzernverantwortung publiziert und informiert über aktuelle Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte. Die Koalition für Konzernverantwortung vereint über 80 Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Entwicklungsorganisationen.

KOALITION FÜR KONZERNVERANTWORTUNG

Monbijoustrasse 31, Postfach, 3001 Bern

031 390 93 36

info@konzernverantwortung.ch

www.konzernverantwortung.ch

